

Daniela Kleinpaß
Lauerhaasstraße 21a
46485 Wesel

Wesel, 13. März 2024

Frau
Bürgermeisterin Ulrike Westkamp
Stadt Wesel
Klever-Tor-Platz 1
46483 Wesel

Petition

„Rücknahme Grundsteuer-Hebesatzerhöhung von 493% auf 690% - Stadt Wesel“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Westkamp,

die Stadt Wesel hat den Hebesatz für die Grundsteuer B für das Jahr 2024 auf 690% (vorher 493%) angehoben. Diese Erhöhung stellt eine drastische Mehrbelastung für alle steuerzahlenden Haushalte dar. Eigentümer und Mieter sind gleichermaßen betroffen, da die Vermieter die Grundsteuer über die Nebenkostenabrechnung an die Mieter weitergeben.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind fassungslos, dass die Stadt Wesel so eine Forderung in der derzeitigen Situation, in der die Bürger sich befinden, stellt. Wir alle sind von enorm erhöhten Energiekosten, der Inflation und den daraus resultierenden erhöhten Lebenshaltungskosten und Kosten aufgrund der Energiewende betroffen.

Die Erhöhung tritt noch vor der geplanten Reform in Kraft und stellt eine Steigerung von 40% dar.

Steuern sind notwendig, um öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren. Die Stadt begründet die Erhöhung z. B. mit gestiegenen Kosten für Kita-Betreuung, Ausbau des Ganztags, Veränderungen beim Wohngeld, der Unterbringung von Flüchtlingen und gestiegenen Personalausgaben sowie höheren Bau- und Zinskosten.

(QUELLE: RP-Bericht „Steuerhöhung sorgt für Kopfschütteln“ vom 24.01.2024)

In welchen Bereichen die Stadt Einsparungen eingeplant hat, wurde leider nicht dargestellt.

Doch die drastische Erhöhung der Grundsteuer ist ungerecht, weil sie alle Bürger trifft, die ihre bereits gestiegenen Miet-/Wohn- und Lebenshaltungskosten selbst bestreiten.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben Widerspruch gegen den Grundsteuerbescheid eingelegt. Nach Rücksprache mit vielen Betroffenen versendet die Stadt Wesel einen Serienbrief, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Erhöhung frühzeitig bekannt gemacht wurde. Leider macht das für die meisten Bürgerinnen oder Bürger keinen Unterschied, ob Sie sie rechtzeitig informieren oder nicht. Weder Lohn- noch Rentenerhöhungen, wenn es sie denn überhaupt gibt, können diese Steigerungen auffangen.

Die Kommune ist gesetzlich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger mit höheren Kosten konfrontiert sind, dann müssen wir ebenso auf Anschaffungen oder Ausgaben verzichten, die nicht unbedingt erforderlich sind. Dem kommen viele von uns bereits seit der exorbitanten Steigerung der Energie- und Lebensmittelkosten nach.

...

Wir erwarten dies auch von der Kommune. Wir „normalen Bürger“ sind natürlich nicht informiert über alle Projekte, die die Stadt finanziert. Der Presse konnten wir unter anderem entnehmen, dass beispielsweise allein die ÖPNV-Anbindung zum Weseler Kombibad pro Jahr mehr als 500.000 Euro kostet. Ohne, dass ein Nutzen für die Weseler Bürgerinnen und Bürger gegeben ist. Das ist nur ein Beispiel und es gibt sicherlich noch weitere Projekte und Kosten, die eingespart werden könnten.

Beim Ausbau der KiTa-Ganztagsbetreuung ist zu berücksichtigen, dass für das bereits bestehende KiTa-Angebot nicht genügend Personal zur Verfügung steht. Wie soll eine Ausweitung da überhaupt möglich sein? Bei der Vergabe von künftigen freien Ganztagsplätzen sollten zunächst diejenigen einen Platz erhalten, die wirklich darauf angewiesen sind.

Dass die Stadt Wesel bei einem Satz von 690 % für die Grundsteuer B eine Erhöhung von 40 % als moderat ansieht, nur weil es woanders noch wesentlich mehr ist, rechtfertigt kaum eine solche Aussage und schmälert die Nöte der Bürgerinnen und Bürger leider nicht.

Für viele Menschen bedeutet die Erhöhung der Grundsteuer eine zusätzliche Belastung der ohnehin schon angespannten finanziellen Situation und das Zurückgreifen auf staatliche Mittel, weil das eigene erarbeitete Einkommen nicht mehr reicht. Das kann auch nicht im Interesse der Stadt Wesel sein. Ebenso nicht, dass die Leute sich politisch abwenden, weil Sie sich einfach nicht mehr ernst genommen fühlen. Die Belastungsgrenze ist für viele Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Wir fordern daher den Rat der Stadt Wesel auf, diese Entscheidung zu überdenken und einen gerechteren Weg zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen zu finden. Gegebenenfalls ist zu prüfen, ob auf andere öffentlich finanzierte Projekte verzichtet werden muss, wenn dafür kein Geld da ist.

Beigefügt erhalten Sie die Unterschriftenliste zur entsprechenden Petition, an der sich bis dato 1.528 Bürger/innen (1.469 aus Wesel) beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Kleinpaß

Anlage
Unterschriftenliste